Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Bestellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—5 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile entsprechend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Freitag, den 23. September 1927 — Nummer 223

Frontbildung gegen Keudell

Massenprotest in Dresden gegen den Schulgesetzentwurf / Professor Oestreich brandmarkt die Kapitulation der preußischen SPD-Führer / „Abänderungsanträge" der Preußenkoalition

Gestäupte Kompromißler

Das Schulkompromiß

Berlin, 23. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Nachdem die Sozialdemokraten in trauter Gemeinschaft mit dem Zentrum in der preußischen Regierung für den Keudellschen Schulgesetzentwurf gestimmt haben, gibt jetzt der demokratische Zeitungsdienst die „Abänderungsanträge" der preußischen Regierung bekannt.

Ein Antrag sieht lediglich vor, daß das Wort „Gemeinschaftsschule" vor „Bekenntnisschule oder weltliche Schule" gesetzt werde. Zu dem berüchtigten § 18 bezüglich Umwandlung des Verfahrens macht die preußische Regierung folgenden Vorschlag: „Wenn ein Drittel Erziehungsberechtigte eine Bekenntnisschule fordern und ein zweites Drittel eine Umwandlung in weltliche Schule, so entscheidet bei der Abstimmung die absolute Majorität". Selbst der **demokratische Zeitungsdienst wendet sich gegen** diesen Antrag, **da er praktisch tatsächlich die Umwandlung in Konzessionsschulen erleichtert. Ein weiterer Antrag** fordert, **daß die Einstellung eines geordneten Schulbetriebes den Ländern überlassen werden soll und stimmt ausdrücklich der Einsichtnahme der Kircheninstanzen oder ihrer Vertreter in den Religionsunterricht zu. Als Preis für die Zustimmung des im wesentlichen unveränderten Keudellschen Entwurfs fordert** die **Braunregierung, daß das Reich die Mehrkosten für das neue Schulgesetz übernehme. Die bürgerliche demokratische Korrespondenz nennt die Abänderungsanträge der preußischen Regierung nicht gerade weitgehend.**

*

Die sächsischen „linken" SPD-Führer und ihre Presse, voran die Dresdner Volkszeitung, bemühen sich gestern, nachdem sie vorher noch eine „Protestaktion" gegen den reaktionären Schulgesetzentwurf inszeniert hatten, den sozialdemokratischen Arbeitern die Zustimmung der preußischen SPD-Führer zu dem Kompromiß in Preußen begreiflich zu machen. Die Dresdner Volkszeitung bezeichnet die Kapitulation der SPD-Minister in Preußen als eine „Ueberraschung für die deutschnationalen Kreise". Es sei gelungen, die Hoffnungen der Deutschnationalen, auf dem Wege über das Schulgesetz die preußische Regierungskoalition zerschlagen zu können, zu enttäuschen. Dann versucht man, den Arbeitern einzureden, daß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages durch das Preußenkompromiß „in ihrer Handlungsfreiheit nicht beschränkt sei". Man will damit den sozialdemokratischen Arbeitern einreden, daß die SPD im Reichstag gegen ihre preußischen Koalitionsgenossen auftreten werde. Das ist nichts anderes als eine bewußte Irreführung der sozialdemokratischen Arbeiter, um den Verrat und die Kapitulation der SPD-Führer in Preußen zu verschleiern. Inzwischen haben die Werktätigen in Dresden gestern auf diesen sozialdemokratischen Verrat an den Interessen des Proletariats, wie der nachstehende Bericht über die gestern stattgefundene Protestkundgebung des Dresdner Lehrervereins zeigt, in nicht mißzuverstehender Weise geantwortet.

*

Die Kundgebung des Lehrervereins

Stäupung der preußischen SPD-Führer

Dresden, 23. September.

Gestern abend fand im Gewerbehaus eine eindrucksvolle Massenkundgebung gegen den Reichsschulgesetzentwurf statt, in der Redner der verschiedensten Parteien zu Worte kamen. Für die Kommunistische Partei forderte Reichstagsabgeordneter Genosse Schneller zur Bildung einer einheitlichen Kampffront gegen den Vorstoß der Kulturreaktion auf; er trat für die Weltlichkeit des gesamten Schulwesens ein, als deren Vorbild er die sowjetrussischen Schulen bezeichnete. Genosse Schneller kennzeichnete den Keudellschen Entwurf als Mittel zur Erziehung „pflichttreuen Kadavergehorsams unter der Jugend der Werktätigen für den neudeutschen Imperialismus", er zeigte die Gefahren für die Lehrerschaft und forderte als Gegenstoß zum Massenaustritt aus der Kirche auf. Seine Ausführungen fanden besonders stürischen Beifall bei den Versammelten. Der bekannte Schulreformer Prof. Ostreich wandte sich in scharfer Form gegen die preußische Sozialdemokratie, der er **Kapitulation vor der Kulturreaktion zugunsten der Regierungsposten** vorwarf. Besonders kennzeichnend war, daß die beiden vorgesehenen offiziellen Vertreter der SPD, Stadtschulrat Dr. Löwenstein, Berlin, und die Reichstagsabgeordnete Pfülf, beide „wegen Krankheit", tatsächlich aber aus

Furcht vor der Verantwortung für die Zustimmung ihrer preußischen Regierungsmänner,

ihre Teilnahme abgesagt hatten. Da die Räume des Gewerbehauses schon eine Stunde vor Beginn überfüllt waren, mußten zwei Parallelversammlungen, in der „Kaufmannschaft" und im „Italienischen Dörfchen", abgehalten werden. Gegen wenige Stimmen wurde in allen drei Versammlungen eine Entschließung gegen den Keudellschen Schulgesetzentwurf angenommen. In dieser Entschließung wird der Kampf mit allen Mitteln gegen die Zerschlagung in Sonderschulen und für die allgemeine weltliche Einheitsschule gefordert.

„Krisen" im Bürgerblock

Die Politik der Sozialdemokratie in- und außerhalb der Regierung hat die Bildung des Bürgerblocks erst überhaupt ermöglicht. Zur Zeit, als die Macht der deutschen Bourgeoisie infolge der Niederlage im Weltkrieg aufs äußerste erschüttert war, war es die SPD-Führung, die mit ihren Verwirrungslosungen von demokratischer Republik, Eroberung der Macht für das Proletariat auf parlamentarischer Grundlage, auf dem Wege der Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien, das Proletariat lähmte. Wo das nicht half, setzte der Terror gegen die kämpfende Arbeiterklasse unter sozialdemokratischer Führung ein. Auf diesem Wege hat sie der Bourgeoisie geholfen, ihre alten Machtpositionen Schritt für Schritt wiederzugewinnen, die revolutionären Errungenschaften nach und nach zu liquidieren, bis der Zeitpunkt erreicht war, wo die Bourgeoisie die sozialdemokratische Deckung nicht mehr brauchte. Die Bildung des Bürgerblocks war nicht ein Ausdruck einer bestimmten günstigen parlamentarischen Konstellation zugunsten einer Regierung der bürgerlichen Parteien, sondern der Schlußstrich, den die Bourgeoisie unter den jahrelangen Verrat der SPD-Führung setzen konnte.

Die gegenwärtige Politik der SPD ist nichts anderes als die Fortsetzung dieses Verrates unter dem Mantel der Opposition gegen den Bürgerblock. Sie befindet sich im Reiche außerhalb der Regierung, während sie in den Ländern mit denselben Parteien, die den Bürgerblock bilden und sogar führen, sich weiter in der Koalition befindet. Diese Länderregierungen unterscheiden sich in ihrer Politik von der des Bürgerblocks überhaupt nicht. Es ist dieselbe Politik der Unterdrückung der werktätigen Massen durch die Diktatur der Schwerindustrie unter demokratischer Hülle, bloß mit dem Unterschied, daß hier noch die sozialdemokratische Deckung erhalten ist. Sie ist noch jetzt für die Festigung des Bürgerblocks von Nutzen und wird vielleicht aus diesem Grunde noch längere Zeit erhalten bleiben. Aber je mehr sich der Bürgerblock im Reiche befestigt, je mehr sich seine Politik auf der Basis der Befestigung des Kapitalismus gegen die werktätigen Massen verschärfen wird, je mehr an diese Regierung die Aufgaben des neudeutschen Imperialismus herantreten, desto mehr wird die Bourgeoisie die Frage ihrer unumschränkten Macht in den Länderregierungen auch äußerlich stellen. Nicht, daß sie irgendwie die sozialdemokratischen Länderregierungen zu fürchten hätte, sondern daß das Wachstum ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht sie in die Lage versetzen wird, auf führende Positionen der Sozialdemokraten in den Länderregierungen zu verzichten. Darin besteht eben der Bankrott der sozialdemokratischen Politik, daß sie durch ihre sogenannten „Errungenschaften" bei der Koalitionspolitik das Proletariat am revolutionären Kampfe verhindert, der Bourgeoisie den Sieg ermöglicht, und nach so vollbrachter Arbeit aus ihren „Machtpositionen" mit der größten Leichtigkeit hinausbefördert werden kann.

Die schwarz-rot-goldene Presse, voran die sozialdemokratische, spricht in der letzten Zeit sehr häufig von Krisen innerhalb des Bürgerblocks. Der Bürgerblock als eine Koalition der stärksten Parteien der Bourgeoisie, der Parteien der Schwerindustrie und des Agrarkapitals, ist im Kampfe gegen die werktätigen Massen ein einheitliches Gebilde. Aber innerhalb des Bürgerblocks, ebenso wie innerhalb der schwerindustriellen-großagrarischen Front treten häufig Gegensätze in der Frage der Verteilung der Machtpositionen und der wirtschaftlichen Ausnutzung der Regierungspolitik, in der Frage ihrer Gestaltung überhaupt auf. In der letzten Zeit ist eine schärfere Pressepolemik zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen in der Frage von schwarz-rot-gold entbrannt. Ein Teil der Zentrumspresse hat sogar gedroht, daß für den Fall der Fortsetzung der deutschnationalen Propaganda gegen schwarz-rot-gold ernstere Konsequenzen in bezug auf den Zusammenhalt der Regierungskoalition eintreten würden.

Welcher Sozialdemokrat wird nun ernstlich glauben, daß der Bürgerblock infolge der Meinungsverschiedenheit zwischen einem Teil des Zentrums und den Deutschnationalen in der Flaggenfrage sich selbst ein Ende macht? Schon ganz abgesehen davon, daß der Streit um schwarz-rot-gold oder schwarz-weiß-rot für die Bürgerblockparteien niemals eine andere Bedeutung als die der Aufrechterhaltung einer Massenillusion hatte! Wenn aber die sozialdemokratische Presse es trotzdem wagt, zu einer Zeit, wo das Zentrum seine sogenannten Linken zur Kapitulation und zur Aufgabe ihres Wortkampfes zwingt, bei den Arbeitermassen Hoffnungen auf das Zentrum als einer Kampfpartei gegen den Bürgerblock zu erwecken, so hat das noch eine andere Bedeutung. Die SPD-Führung bereitet den Wahlkampf

Zutreiber der Niednerjustiz

Der Vorwärts fordert Verurteilung der KP-Zentrale

Berlin, 23. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Der Vorwärts von gestern abend nimmt zu dem am 4. Oktober beginnenden Prozeß gegen die Zentrale der KPD Stellung und schreibt in der Manier der Achtgroschenjungen: „Die moralische Schuld an den damaligen Wahnsinnstaten beschränkt sich auf einen kleinen Kreis von Führern der Zentrale ... Will der Reichstag schon nicht die Gesamtheit der damaligen Vorgänge amnestieren, so sollte er nach dem Vorbild der Kappamnestie die Verantwortung wenigstens auf die Zentraleführung beschränken."

Das ist die offene Aufforderung an die Niednerjustiz, in dem am 4. Oktober beginnenden Prozeß gegen die Zentrale der Kommunistischen Partei mit Terrorurteilen die KPD der Führung zu berauben und die Angeklagten hinter Zuchthausmauern zu setzen. Gleichzeitig empfiehlt das Zentralorgan der SPD, dem Bürgerblockreichstag die nur für die Reichstagsferien gegebene Zustimmung zur Strafverfolgung auch weiterhin zu erteilen. Der Vorwärts als Zutreiber der Niednerjustiz, höher geht's wahrhaftig nicht. Was sagen die SPD-Arbeiter zu dieser Glanzleistung?

Streik in der Reichsdruckerei

Berlin, 23. September. (Eigene Drahtmeldung.)

In der Reichsdruckerei brach gestern ein Konflikt aus, in dessen Verlauf sämtliche Drucker die Arbeit niederlegten. Die Direktion der Reichsdruckerei versucht seit längerer Zeit, die Papiergelddrucker zu zwingen, die Haftung für das verarbeitende Papier zu übernehmen. Die Verhandlungen mit dem Betriebsrat scheiterten.

Die SPD-Führer antworten nicht

Berlin, 22. September. (Eigener Drahtbericht.)

Der Vorwärts von heute abend bequemt sich endlich zu einer Aeußerung auf die von der Bezirksleitung der KPD und der Gauführung des RFB an den Bezirksverband der SPD, den Ortsausschuß des ADGB und das Reichsbanner gerichteten Aufforderung zur Organisierung einer gemeinsamen Demonstration am 2. Oktober gegen den Bürgerblock. Der Vorwärts schreibt, daß dieser Brief ohne Antwort bleiben werde. Die „Genossen"-Gesinnung der Kommunisten gegenüber der Sozialdemokratie und die Bedeutung ihrer „proletarischen" Grüße habe nur den Zweck für den Papierkorb. Die Kommunisten hätten die Wahl Hindenburgs absichtlich und bewußt (vom Vorwärts unterstrichen) herbeigeführt.

Neue Bluturteile in Litauen

Kowno, 23. Sept. (Eig. Drahtmeldung.)

Am Mittwoch hat das Kriegsgericht in Tauroggen erneut 6 Todesurteile gefällt. Die zum Tode verurteilten Angeklagten wurden jedoch zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. In den nächsten Tagen werden noch eine Anzahl von Prozessen vor dem Kriegsgericht in Tauroggen behandelt werden, und es ist noch eine ganze Anzahl Todesurteile zu erwarten.

Zuchthausterror gegen Kommunisten

Kowno, 23. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Die vor einigen Wochen aus Tilsit nach Litauen gekommenen und dort verhafteten drei Kommunisten sind wegen Verbreitung kommunistischer Literatur zu 3—9 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.